

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

Berliner Handbücher

Handbuch des finanzgerichtlichen Verfahrens

Vorläufiger Rechtsschutz – Klageerhebung –
Prozess – Revision – Kosten

Begründet von

Dr. Otto M. Sauer

Honorarprofessor an der Universität Bayreuth
Vizepräsident des Finanzgerichts Nürnberg i. R.

Fortgeführt von

Hansjürgen Schwarz

ehem. Präsident des Finanzgerichts des Saarlandes

unter Mitarbeit von

Prof. Dr. Peter Bildorfer

Präsident des Finanzgerichts des Saarlandes

Dr. Anke Morsch

Staatssekretärin im Ministerium der Justiz des Saarlandes

und

Andre Hardenbicker

Vizepräsident des Finanzgerichts des Saarlandes

8., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESV.info/978 3 503 16596 4

1. Auflage 1980

...

8. Auflage 2016

Die 1.–5. Auflage erschienen
unter dem Titel „Wie führe ich einen Finanzgerichtsprozess?“

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 16596 4

eBook: ISBN 978 3 503 16597 1

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2016

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der Stempel Garamond, 9/11 Punkt

Satz: multitext, Berlin

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort

Das Steuerrecht ist seit jeher ein Massenfallrecht, das die Finanzverwaltung zwingt, Jahr für Jahr Millionen von Bescheiden zu erlassen. Verfahrensschnelligkeit hat dabei nicht unbedingt Verfahrensrichtigkeit zur Folge. Zudem steht seit jeher die Anwendung des Steuerrechts auf unsicheren Füßen, weil sich der Gesetzgeber schon immer eher den kurzlebigen tagespolitischen Erfordernissen verpflichtet gefühlt hat als langfristigen steuersystematischen Konzepten. Überdies haben die anhängigen Verfahren – vor allem beim Bundesfinanzhof – Mustercharakter für eine Vielzahl gleich gelagerter Fälle, die entweder noch nicht zu Bescheiden geführt haben oder die bei den Einspruchsstellen der Finanzbehörden zum Ruhen gebracht worden sind.

Die Kenntnis des finanzgerichtlichen Verfahrensrechts steht im krassen Gegensatz zu seiner hohen praktischen Bedeutung. Dies ist für den Steuerbürger, der seine Sache vor dem Finanzgericht ohne Hinzuziehung eines sachverständigen Vertreters verfechten kann, noch verständlich. Überraschend ist dagegen, dass auch bei den Angehörigen der beratenden Berufe in großer Zahl kaum vertiefte Kenntnisse dieser Materie anzutreffen sind. Die vorwiegend im Bereich der anderen Gerichtsbarkeiten agierenden Rechtsanwälte treten mangels ausreichender Kenntnisse des Steuerrechts nur selten als Prozessvertreter vor dem Finanzgericht auf. Für manche Angehörige der steuerberatenden Berufe ist die Prozessvertretung auch nur ein lästiger Anhang zur sonstigen Betreuung ihrer Mandanten; sie bemühen sich im steuerlichen Dauerschuldverhältnis (zu Recht) eher um eine Verständigung mit dem Finanzamt und beschreiten nur als „ultima ratio“ den Klageweg. Auch die Finanzbehörden wissen in aller Regel, dass ein schlechter Kompromiss häufig besser ist als ein mühsam erkämpfter Prozessgewinn.

Für sie alle – den Steuerpflichtigen, seine Prozessvertreter oder die zuständigen Finanzbeamten – soll dieses Buch ein zuverlässiger Begleiter und Ratgeber sein, wenn eine Meinungsverschiedenheit dennoch vor dem Finanzgericht ausgetragen werden muss. Das Buch zeigt auf, wie man sich in den einzelnen Verfahrenssituationen optimal verhält, damit der Klageerfolg jedenfalls nicht an einem Verfahrensfehler scheitert. Es hilft mit vielen Musterbeispielen etwa bei der Klageschrift, dem Sachantrag, den Anträgen auf Prozesskostenhilfe oder auf Aussetzung der Vollziehung, bei der Revision oder der Beschwerde. Zahlreiche „Verfahrensfallen“ werden kenntlich gemacht und dadurch entschärft.

Noch ein Wort zu den Erfolgsaussichten eines Steuerprozesses: Vor einiger Zeit geisterte eine auf die „Untersuchung“ eines Frankfurter Wirtschaftsprofessors gestützte Meldung durch die Presse, wonach der Steuerbürger nur in rund drei Prozent aller Verfahren vor den Finanzgerichten Erfolg habe. Um es kurz zu machen: Diese Behauptung ist schlichtweg falsch. Nachweislich richtig ist, dass

mehr als ein Drittel der Klagen vor den Finanzgerichten zu einem Erfolg oder Teilerfolg für den Steuerzahler führt.

Unmittelbarer Anlass zur achten Auflage dieses Handbuches war zum einen die erfreuliche Akzeptanz der Voraufgabe, zum anderen das Inkrafttreten diverser Änderungsregelungen, wie z.B. dem

- „Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren“ (BGBl. I 2011, 2302),
- „Gesetz zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungsrechts“ (BGBl. I 2013, 3533),
- „2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz“ (BGBl. I 2013, 2586),
- „Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten“ (BGBl. I 2013, 3786), welches die gerichtlichen Abläufe nachhaltig beeinflusst.

Aber auch die Wirkungskraft der finanzgerichtlichen Rechtsprechung hat uns die Entscheidung für eine Neuauflage erleichtert. Insoweit möchten wir darauf hinweisen, dass die Rechtsprechung gerade des BFH für Praktiker eine Leitlinie darstellt, an der er sich tunlichst ausrichtet. Nützliche Informationen zu den Aufgaben und der Organisation eines Finanzgerichts finden sich im Internet z.B. unter der Adresse „<http://www.saarland.de/finanzgericht.htm>“. Dort wird auch jeweils die aktuelle Rechtsprechung des Gerichts eingestellt.

Seit dieser Auflage verstärkt der Vizepräsident des Finanzgerichts des Saarlandes Andre Hardenbicker das Autorenteam.

Saarbrücken, im Februar 2016

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	13
A. Rechtsweg und Zuständigkeit	19
1. Überblick	19
2. Finanzrechtsweg	20
a) Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	21
b) Abgabenangelegenheiten	21
c) Berufsrechtliche Streitigkeiten	30
d) Zugewiesene Streitigkeiten	30
3. Zuständigkeit der Finanzgerichte	31
a) Sachliche Zuständigkeit	31
b) Funktionelle Zuständigkeit	31
c) Örtliche Zuständigkeit	33
4. Kompetenz- und Zuständigkeitskonflikte	34
B. Verfahrensgrundsätze	37
1. Prozessführung mit oder ohne Bevollmächtigten	37
a) Prozessführung ohne Prozessbevollmächtigten	37
b) Prozessführung mit Prozessbevollmächtigten	37
2. Vertretungszwang vor dem BFH	44
3. Amts-Ermittlungspflicht	45
a) Ermittlungspflicht des Gerichts	46
b) Verfahrensherrschaft des Gerichts	48
c) Mitwirkungspflicht der Beteiligten	56
4. Beweislast (Feststellungslast)	59
5. Rechtliches Gehör	63
6. Richterausschluss und -ablehnung, Amtsentbindung	76
a) Richterausschluss	76
b) Richterablehnung	78
c) Amtsentbindung	81
C. Klagearten	83
1. Anfechtungsklage (§ 40 Abs. 1 FGO)	84
2. Verpflichtungsklage (§ 40 Abs. 1 FGO)	89
3. (Allgemeine) Leistungsklage	91
4. Feststellungsklage (§ 41 Abs. 1 FGO)	93
5. Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 100 Abs. 1 Satz 4 FGO)	98

D. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	103
1. Prozessfähigkeit	103
2. Klagebefugnis	106
a) Natürliche und juristische Personen	106
b) Personenzusammenschlüsse	107
c) Klagebefugnis Dritter	110
d) Leitlinien für den Praktiker	111
3. Rechtsschutzbedürfnis	116
a) Geltendmachung	116
b) Rechtsverletzung	117
c) Rechtsverletzung in der eigenen Person	120
4. Verfahrensrechtliche Klagebegrenzung	123
5. Einspruchsverfahren	124
a) Allgemeine Grundlagen	124
b) Untätigkeitsklage	127
c) Sprungklage	132
E. Klageerhebung	135
1. Wille zur Klageerhebung	135
2. Schriftlichkeit der Klageerhebung	136
a) Schriftstück	136
b) Unterschrift	137
c) Elektronischer Rechtsverkehr	138
3. Klageerhebung bei Gericht	139
4. Klageeinreichung bei der Finanzbehörde	140
5. „Muss-Inhalt“ der Klageschrift	141
a) Überblick	141
b) Bezeichnung des Klägers	143
c) Bezeichnung des Beklagten	144
d) Bezeichnung des Gegenstands des Klagebegehrens	146
e) Bezeichnung des Verwaltungsakts und der Einspruchs- entscheidung	151
6. „Soll-Inhalt“ der Klageschrift	152
a) Überblick	152
b) Bestimmter Antrag	153
c) Zur Begründung dienende Tatsachen und Beweismittel	158
d) Vorlage des Verwaltungsakts und der Einspruchsentscheidung	161
7. Muster zur Klageschrift	162
8. Klageanträge bei Anfechtungsklagen gegen einen Steuer-, Leistungs- oder Duldungsbescheid	167
a) Aufhebung	167
b) Änderung	169
9. Klageanträge bei Anfechtungsklagen gegen Feststellungsbescheide ...	175
a) Aufhebung	177
b) Änderung	178

10. Klageanträge bei isolierter Anfechtung der Einspruchsentscheidung ..	181
11. Klageanträge bei Verpflichtungsklagen	181
12. Klageanträge bei (allgemeinen) Leistungsklagen	184
13. Klageanträge bei Feststellungsklagen	185
14. Klageanträge bei Fortsetzungsfeststellungsklagen	185
15. Klageantrag bei zweifelhafter Zulässigkeit	186
16. Antrag auf Gewährung von Prozesskostenhilfe (PKH)	186
a) Voraussetzungen	189
b) Anspruchsberechtigte	195
c) Folgen der Bewilligung	196
d) Verfahren	198
F. Fristen und Fristüberschreitung	201
1. Ausschlussfrist bei Anfechtungsklage	202
2. Ausschlussfrist bei Verpflichtungsklage	204
3. Fristen bei der Sprungklage	204
4. Fristen bei der Untätigkeitsklage	205
5. Richterliche Frist zur Vollmachtsvorlage	205
6. Richterliche Frist zur Klageergänzung	207
7. Richterliche Frist zur Angabe der Tatsachen	207
8. Fristen im vorbereitenden Verfahren	208
9. Fristen bei Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	209
10. Ladungsfrist zur mündlichen Verhandlung	209
11. Frist für den Antrag auf mündliche Verhandlung nach Gerichtsbescheid	210
12. Frist bei Antrag auf Tatbestandsberichtigung	210
13. Frist bei Antrag auf Urteilsergänzung	210
14. Frist für die Einlegung der Revision	211
15. Frist für die Begründung der Revision	211
16. Frist für die Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde	211
17. Frist für die Einlegung der Beschwerde	211
18. Frist für die Wiederaufnahme des Verfahrens (Erhebung der Nichtigkeitsklage und der Restitutionsklage)	211
19. Frist für die Verzögerungsrüge	212
20. Verlängerung von Fristen	212
a) Gesetzliche Fristen	212
b) Richterliche Fristen	212
21. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	213
a) Unverschuldete Versäumung	213
b) Verfahren zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	219
G. Vorläufiger Rechtsschutz	223
1. Aussetzung (Aufhebung) der Vollziehung oder einstweilige Anordnung	226
2. Aussetzung der Vollziehung	229
a) Voraussetzungen	230

b)	Mögliche Anträge im Aussetzungsverfahren	234
c)	Muster eines Antrags auf Aussetzung der Vollziehung	234
d)	Entscheidung über den Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	235
3.	Einstweilige Anordnung	236
a)	Mögliche Anträge	238
b)	Verfahren der einstweiligen Anordnung	238
c)	Muster eines Antrags auf einstweilige Anordnung	239
H.	Ablauf des Verfahrens	241
1.	Vorbereitungsstadium	242
a)	Akteneinsicht	242
b)	Streitgenossenschaft und Beiladung	249
c)	Klageänderung	262
d)	Aussetzung der Verhandlung und Ruhen des Verfahrens	265
e)	Änderung des angefochtenen Verwaltungsakts	269
f)	Klagerücknahme	272
g)	Erledigung der Hauptsache	274
h)	Keine Streitverkündung	277
2.	Entscheidungsphase	277
a)	Vorbereitendes Verfahren	277
b)	Entscheidung durch den Vorsitzenden bzw. Berichterstatter	280
c)	Entscheidung des Senats aufgrund mündlicher Verhandlung	280
d)	Entscheidung des Senats ohne mündliche Verhandlung	286
e)	Verfahren bei Streitwert unter 500 €	290
3.	Art der Entscheidung	291
a)	Urteil	292
b)	Teilurteil – Zwischenurteil – Vorabentscheidung	301
c)	Gerichtsbescheid (§ 90a FGO)	302
d)	Beschluss	304
e)	Andere Verfügungen des Gerichts	305
4.	Kostenentscheidung und andere Nebenentscheidungen	305
a)	Kostenentscheidung	305
b)	Vollstreckbarkeit	309
c)	Verzinsung	309
5.	Elektronische Kommunikation	310
I.	Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	313
1.	Revision	313
a)	Statthaftigkeit der Revision	313
b)	Zulassungsgründe im Einzelnen	315
aa)	Grundsatzrevision	315
bb)	Rechtsfortbildungs- und Rechtssicherungsrevision	317
cc)	Verfahrensrevision	319
c)	Revisionsbefugnis	321
d)	Form der Revisionseinlegung	321
e)	Frist	322

f) Begründung der Revision	322
g) Besonderheiten des Revisionsverfahrens	326
h) Entscheidung des BFH über die Revision	329
i) Nichtzulassungsbeschwerde	331
2. Beschwerde	334
a) Einlegung der Beschwerde	337
b) Entscheidung des BFH über die Beschwerde	338
3. Anrufung des BVerfG	338
4. Vorlage an den EuGH	339
5. Berichtigung wegen offenkundiger Unrichtigkeiten	340
6. Antrag auf Berichtigung des Tatbestandes eines Urteils	340
7. Antrag auf Urteilsergänzung	341
8. Wiederaufnahme des Verfahrens	341
9. Rechtsschutz bei überlangen finanzgerichtlichen Verfahren	342
a) Anspruchsberechtigung	343
b) Anspruchsverpflichtung	343
c) Anspruchsvoraussetzungen	343
aa) Unangemessene Dauer des Verfahrens	343
bb) Nachteil	345
cc) Verzögerungsrüge	345
d) Entschädigung	345
e) Formelle Fragen	346
J. Kosten des finanzgerichtlichen Verfahrens	347
1. Allgemeines	347
2. Gerichtskosten	348
a) Gebühren	348
b) Auslagen	349
3. Außergerichtliche Kosten	350
4. Kostenschuldner der Gerichtskosten	351
5. Kostenfreiheit	352
6. Höhe der Kosten	352
7. Fälligkeit der Kosten	365
a) Gerichtsgebühren	365
b) Auslagen	366
8. Nichterhebung von Kosten	366
Anhang	369
1. Anschriften der Finanzgerichte und des BFH	369
2. Tabelle zur Abschätzung des Prozesskostenrisikos	374
3. Vordruck für die Prozesskostenhilfe	377
4. Kosten bei Prozesskostenhilfe	386
Literaturhinweise	387
Stichwortverzeichnis	389